

DIE ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT DER EU KRITISIEREN UND SIE SICH NEU ANEIGNEN

Von Judith Dellheim und Frieder Otto Wolf

In den Institutionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer wird gegenwärtig eine strategische Debatte über die EU-Nachbarschaftspolitik geführt. In Deutschland geschieht dies vielfach im Kontext mit der Neubewertung der Außenpolitik (siehe Review 2014¹), einschließlich des Auftrages für die Bundeswehr (neues Weißbuch). Hier (und in der EU insgesamt) ist die politische Öffentlichkeit bisher kaum wahrnehmbar an diesen Debatten beteiligt. Aber gerade kritische politische Kräfte mit einem emanzipativen und solidarischen Anspruch wollen doch etwa „die Friedensbewegung stärken“ und „Europa verändern“. Das kann heute ganz konkret vorangetrieben werden durch eine Auseinandersetzung mit dem strategischen Projekt der Östlichen Partnerschaft (ÖP), in dem sich auf einer scheinbar rein administrativen Ebene die Konturen einer imperialen Neubestimmung der Politik der EU abzeichnen. Im folgenden Beitrag werden zu diesem Zwecke, im Ausgang von dem offiziellen, erklärten Verständnis der ÖP, wie es in EU-Dokumenten greifbar ist, zwei Thesen so diskutiert, dass auf ein aktives Handeln orientiert wird, das auf dem Prinzip der Gleichheit der Beteiligten basiert.

1. Die ÖP ist wesentlich als ein strategischer Bereich einer zwar widersprüchlich, aber doch ungebrochen fortschreitenden neoliberalen Politik zu begreifen. Sie hat demgemäß nicht etwa, wie es ihr erklärtes Ziel ist, die Probleme im Zusammenleben der Menschen (in den Partnerländern und in der EU selbst) vereinfacht, gemindert und besser lösbar gemacht, sondern diese vielmehr weiter verkompliziert, vermehrt und zugespitzt.
2. Die kritischen politischen Kräfte, denen es um Emanzipationsprozesse und um Solidarität geht, können in der Auseinandersetzung mit der ÖP ihren eigenen Anteil an der bisherigen Entwicklung der realen Probleme begreifen, auf die die ÖP als solche reagiert, und dadurch lernen, ihrerseits realitätstüchtige politische Handlungsmöglichkeiten aufzubauen.

ZUR EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK

„... unsere Region ist in Flammen“, rief die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (EU-Außenbeauftragte) am 4. März 2015 (Europäische Kommission 2015: 1). Anlass war die Vorstellung des Papiers „Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (Europäische Kommission, Hohe Vertreterin 2015). Damit wurde die öffentliche Konsultation zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eröffnet. Die 2003 vereinbarte und 2004 begonnene ENP hat im Verlaufe ihrer Entwicklung die „regionale Komponente“ gestärkt. 2008 wurde die Union für den Mittelmeerraum geschaffen, 2009 wurde die Östliche Partnerschaft eingerichtet. Das Konsultationspapier beginnt mit der Aussage „Wir brauchen ein stärkeres Europa im Bereich der Außenpolitik“ (ebenda: 2). Es schließt allerdings erneut europäische Nachbarländer der EU wie Russland aus „Europa“ aus. Das besonders Interessante an dem Papier und an seiner Vorstellung durch die EU-Außenbeauftragte ist die darin formulierte Ermutigung zur Kritik der ENP und die Feststellung, seitens der EU keine wirklich konsequente „Partnerschaft unter Gleichen“ betrieben zu haben (Ebenda: 4, Europäische Kommission 2015). „Die Nachbarschaft ist heute weniger stabil als noch vor zehn Jahren“ (ebenda), wird zum einen resümiert. Zum anderen wird auf Prozesse und Probleme hingewiesen, die auf lange Sicht die Entwicklungen der EU, Europas und der Welt beeinflussen, wie etwa der Umgang mit der Ukraine-Problematik und die Konflikte im Nahen Osten. Die Ukraine ist mit Abstand das größte und bevölkerungsreichste östliche Partner-Land.

¹ www.review2014.de

ZUM SOZIAL-DEMOGRAPHISCHEN, GEOGRAPHISCHEN UND ÖKONOMISCHEN GEWICHT DER ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT

| | Gesamtgröße (Tsd. km ²) | Bevölkerung (Millionen) | Durchschnitts- Alter | BIP pro Kopf (in €) | Armutsquote (Prozent)* |
|-------------------------|--|----------------------------|-------------------------|------------------------|---------------------------|
| EU | 4.463,5 | 508,8 | 42,2 | 27.300 | 16,7 |
| Östliche Partner | 1.031,0 | 75,2 | | 3.700 | ca. ein Viertel |
| Armenien | 29,7 | 3,0 | | 2.600 | 35,8 |
| Aserbaidschan | 86,6 | 9,5 | 29,7 | 6.000 | 11 |
| Belarus | 207,6 | 9,4 | 39,2 | 5.800 | 17,8 |
| Georgien | 69,7 | 4,5 | 36,9 | 2.700 | 9,7 |
| Moldau | 33,8 | 3,6 | 34,8 | 1.700 | 29 |
| Ukraine | 603,5 | 45,2 | 39,7 | 3.100 | 26,5 |

(Quelle: eurostat 89/2015: 1, eigene Berechnungen) *auf der Basis nationaler Angaben

Armenien, Aserbaidschan und Georgien haben keine Grenzen mit der EU. Georgien und Aserbaidschan aber haben Grenzen mit Russland. Die genannten drei Staaten grenzen an das NATO-Land Türkei, das im Schwarzen Meer und in der Kaspischen See auf Russland trifft. Alle östlichen Partner sind zugleich NATO-Partner.

Die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung ist für Bedarfe an Arbeitskräften in der EU durchaus interessant; sie kann aber angesichts der zugleich in diesen Ländern festzustellenden Armut vor allem einen hohen Migrationsdruck hervorrufen. Die ÖP legt großen Wert auf die Herausbildung und Ausrichtung von Eliten in den Partner-Ländern und nimmt auch erheblichen Einfluss darauf. Der Handel mit den östlichen Partnern hat nur einen geringen Anteil am gesamten EU-Handel: Im Jahre 2004 gingen gerade einmal 1,7 Prozent der EU-Exporte in diese Länder. Die Importe aus ihnen machten 1,3 Prozent aller Einfuhren aus. 2014 betragen die Vergleichszahlen je 1,9 Prozent. Die Ukraine ist der wichtigste östliche Handelspartner der EU. Auf sie entfielen 2004 64,7 Prozent der EU-Ausfuhren in die sechs Länder und 62,7 Prozent der Einfuhren. 2014 betragen die Werte 51,8 und 44,4 Prozent (berechnet nach eurostat 89/2015: 4). Insgesamt hat sich die Struktur des Handels stark verändert, was insbesondere auf die aserbaidschanischen Energieexporte zurückzuführen ist. 2014 machten die EU-Importe aus Aserbaidschan 40,6 Prozent der Gesamtimporte aus den östlichen Ländern aus.

EXPORTE UND IMPORTE DER EU IN BZW. AUS DEN ÖP-LÄNDERN

| | EXPORTE in Prozent | | IMPORTE in Prozent | |
|-----------------------|--------------------|------|--------------------|------|
| | 2004 | 2014 | 2004 | 2014 |
| Primäre Waren | 10,6 | 20,9 | 48,5 | 69,2 |
| Industriewaren | 87,9 | 76,6 | 49,8 | 28,8 |

(Quelle: eurostat 89/2015: 2, eigene Berechnungen²)

Deutschland, Italien und Polen sind die größten Handelspartner im Rahmen der ÖP. Deutschlands Anteil an den EU-Ausfuhren in die sechs Länder betrug Ende 2014 21 Prozent, Polens 16, Italiens 8, Litauens 7 und Ungarns 6 Prozent. Das ist eine nicht geringe Veränderung gegenüber 2004, wo Deutschlands Anteil noch 27, Polens fast 14, Italiens 10 Prozent betragen hatte.

Russland gehört in der hier definierten formalen Perspektive deshalb nicht zur ÖP, weil das Land sich

² Andere Waren ausgenommen

selbst nicht als Anrainer mit EU-Beitrittsinteresse, sondern als eigenständiger Global Player sieht.

ZUR ENTWICKLUNG DER ÖP IM RAHMEN DER EU ALS NEOLIBERALEM PROJEKT

Mit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, der Direktive zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs von 1988 und schließlich des Maastrichter Vertrages von 1992 wurde eine nachhaltige Verschiebung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zugunsten der neoliberalen Kapitaleliten vollzogen. Diesen geht es um Profitmaximierung bei gleichzeitigem Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse zu organisieren. Dafür entscheidende Wege sind wirtschaftliche Liberalisierung/Deregulierung/Freihandel, Privatisierung, Finanzialisierung, Überwachung/Repressionen und Militarisierung. In die erwähnte Zeitspanne fielen der Zusammenbruch von sozialistischen Versuchen in der UdSSR und den mit ihr verbündeten Ländern, sowie die zügige Demontage der hier noch bestehenden sozialen wie wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten. Der Übergang zu einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise war im Falle der DDR, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und vor allem der Sowjetunion mit dem Ende von Staaten verbunden. Den mehr oder weniger offen nationalistischen Kräften, welche den Anschluss an „den Westen“ und vor allem die Aufspaltung in Nationalstaaten vollzogen haben, war im Allgemeinen durchaus klar, dass die von ihnen durchgesetzte Herauslösung von Teilen aus einem (wie auch immer funktionierenden) Ganzen mit politischen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen einhergehen musste. Diese galten als unvermeidliche „Kollateralschäden“ eines Prozesses der „Öffnung“ und der „Modernisierung“, in dem sich faktisch eine bereits mächtige Minderheit weiter bereichert und ihre reichtumserhaltende ebenso wie reichtumsmehrende Machtstellung in der Gesellschaft weiter ausgebaut hat. Diese zumeist kleine Minderheit hatte in aller Regel bereits in der Spätphase der vorherigen Gesellschaften mit sozialistischem Anspruch wichtige Machtpositionen inne, die sie im Prozess der formellen Einführung der kapitalistischen Produktionsweise umfassend haben nutzen können. Die Transition zu neoliberal bestimmten bürgerlichen Gesellschaften auf kapitalistischer Grundlage wurde weitgehend von ihnen bestimmt, durchaus auch vermittelt durch demokratische und rechtsstaatliche Akte, aber keineswegs frei von Gewalt und Wirtschaftskriminalität.

Die EU steht heute vor gewaltigen Herausforderungen: Vielfältige politische Umbrüche, sich zuspitzende gesellschaftliche und ökologische Probleme im globalen Maßstab, eine Vielfalt von Prozessen des mehr oder weniger gewaltsam vollzogenen Staatenzerfalls an den globalen wie an den europäischen Peripherien, oder auch das anwachsende Drängen von zahlreichen Menschen als Flüchtlinge und als Migranten in die EU (Brangsch 2015: 137-139) haben innerhalb der EU Spannungen und Interessenwidersprüche erzeugt und weiter anwachsen lassen. Diese Umbrüche hätten grundsätzlich auch eine Hinwendung zur Suche nach nachhaltigen Lösungen der Probleme auslösen und vorantreiben können. Allerdings haben sich auf Grund der Schwächung der Linken und des historischen Siegeszugs des Neoliberalismus die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse in eine ganz andere Richtung entwickelt. Es kam gerade in Estland, Lettland, Litauen, in Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Slowenien zu offensiv vorangetriebenen Verhandlungen über eine Erweiterung der NATO und der EU. Das ließ in Russland (nicht nur innerhalb der herrschenden Eliten) Sorgen und Ängste vor einer näher heranrückenden westlichen Übermacht wachsen. Diese konnten von den dort Herrschenden immer wieder nationalistisch, repressiv und antiemanzipatorisch ausgenutzt werden, um die eigenen Machtpositionen im Rahmen einer rücksichtslosen Machtpolitik zu legitimieren.

Die geographische, geo- und europapolitische wie auch wirtschaftliche Rolle des vereinten Deutschlands in Europa ist in diesem Übergangsprozess sehr stark gewachsen. Die hier Regierenden waren und sind daher mit den Folgen dieser dramatischen Entwicklungen besonders intensiv konfrontiert – anders als die politische Öffentlichkeit, die sie immer noch in einem „arkanen“ Bereich der Außenpolitik verortet, welchen man besser den darauf spezialisierten Regierungstechnokraten überlässt.

Nicht minder, aber auf ganz andere Weise „besonders intensiv“ waren und sind die Regierenden im Nachbarland Polen mit diesen Entwicklungen konfrontiert. Polen teilt Grenzen mit Russland (Gebiet Kaliningrad), mit der Ukraine und Belarus. Bronisław Geremek (Außenminister Polens von 1997-2000) und sein direktes Umfeld waren bemüht und initiativ, um mit der „EU-Osterweiterung“ nicht neue

Spaltungen und Konflikte im östlichen Europa zu schaffen (dazu Kempe 2008: 504-507, 512, 519). „Ich weiß zwar nicht, ob Russland als großes euro-asiatisches Land der EU beitreten möchte, aber die östlichen Partner müssen in den Erweiterungsprozess einbezogen werden. Alle sollen modernisiert werden. Das ist im Interesse des Ostens und des Westens.“ (Geremek 2012: 37). Geremek u. a. ging es insbesondere um die Beziehungen zur Ukraine, mit der 1997 ein Nachbarschaftsvertrag abgeschlossen und ein visafreier Verkehr eingeführt wurde. Mit der EU-Erweiterung wurden schließlich Polens Ostgrenzen zu EU-Außengrenzen und damit auch zu einer EU-Angelegenheit.

In der Ukraine waren die Beziehungen zu Russland immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Die Verhältnisse zwischen beiden Ländern hatten und haben relevant mit Konkurrenzen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der gewandelten, aus dem späten „Staatssozialismus“ hervorgegangenen Eliten zu tun. 1998 hatte Präsident Kutschma die Assoziierung mit der EU als außenpolitisches Ziel verkündet. Die Orangene Revolution (2004) und die Rosenrevolution im vorderasiatischen Georgien (2003), in denen der Ruf nach EU- und NATO-Mitgliedschaft in den Vordergrund rückte, dienten dann auch als Argumente für eine engere Kooperation auf Seiten der EU. Seit dieser Zeit wird in der EU immer wieder darüber gestritten, ob diesen Ländern die Beitrittsperspektive anzubieten bzw. zu erhalten sei. Schließlich stehen hier Fragen nach einer imperialen Überdehnung der EU, nach den Effekten einer außenpolitischen Provokation ggü. Russland und nach Lösungen für die schwer zu bewältigenden Integrationsprobleme zur Debatte (Münkler 2015: 157-158)

In die Zeit der Verhandlungen zur Erweiterung der NATO und der EU, sowie zur Ausdehnung ihrer Wirkungsbereiche, fielen auch die Prozesse der neoliberalen Umgestaltung der EU selbst: durch die Umsetzung des Maastrichter Vertrages, sowie dann durch die Verabschiedung und Realisierung des Amsterdamer Vertrages und des Vertrages von Nizza. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Innen-, Außen- sowie die Sicherheitspolitik der EU wurden wesentlich von eben jenen Gruppen vorangetrieben, die auch die Erweiterungs-Verhandlungen führten. In diese Zeit fielen verschiedene „Militäreinsätze“ (dazu Arbeitsgruppe Ukraine 2015a), die Annahme der Lissabon-Strategie, sowie der Beginn ihrer Umsetzung, die Festlegung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), sowie auch die Vorgeschichte der ENP.

Es lohnt sich durchaus, diesen Zusammenhang etwas genauer zu betrachten: Im März 2000 kamen die Spitzen der EU-Mitgliedsländer zur Sondertagung des Europäischen Rats in Lissabon zusammen. Man einigte sich auf einen Strategierahmen für die nächsten 10 Jahre: Bis zum Jahre 2010 sollte die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden (Europäischer Rat 2000). Damit wurde die Steigerung der globalen Konkurrenzfähigkeit in einer dezidiert neoliberalen Perspektive als politische Orientierung für die gemeinsame Politik in der EU festgelegt und demgemäß insbesondere als für die Gemeinschaftspolitiken verbindliche Grundlage umgesetzt.

Bereits zuvor hatte man beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 (im Zusammenhang mit der „Jugoslawienkrise“) die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) begründet und in den Vertrag von Nizza 2001 aufgenommen. Seit 2003 regelt dann das "Berlin Plus"-Abkommen die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU beim Krisenmanagement. Zentral ist, dass die EU auf NATO-Ressourcen und -Kapazitäten zurückgreifen kann und dass der Stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO dabei das Kommando führt. Die im Dezember 2003 beschlossene ESS benennt als zentrale Bedrohungen den Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, absehbare Regionalkonflikte, das weitere Scheitern von Staaten sowie die organisierte Kriminalität. Die ESS erklärt ausdrücklich die Abwehr dieser Bedrohungen, die Verbesserung der Sicherheitsbedingungen in der EU-Nachbarschaft und „wirksamen Multilateralismus“ zu ihren strategischen Zielen (Solana 2009).

Im Zusammenhang mit den entsprechenden Diskussionen und Arbeiten ist auch das Dokument „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ vom März 2003 zu sehen. Seine Annahme durch die in der EU Regierenden markiert dann den offiziellen Beginn der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das Dokument beginnt mit einer weitreichenden Feststellung und formuliert daran anschließend zentrale Aussagen zu den strategischen Zielsetzungen: „Am 1. Mai 2004 tritt die Europäische Union in eine neue, historische Phase ein ... das politische, geografische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten Union [wird sich] auf dem europäischen

Kontinent grundlegend erhöhen ... Außerhalb der Grenzen der EU wird die Erweiterung eine Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Teilen der Welt zur Folge haben. Die Bemühungen um eine Annäherung an die 385 Mio. Einwohner der Länder, die an der neuen Land- oder Seeaußengrenze liegen, nämlich Russland, die westlichen NUS (Die Neuen Unabhängigen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan – die Autoren) und die Länder im südlichen Mittelmeerraum erhalten ... neue Impulse ... Die EU steht nicht nur gegenüber ihren Bürgern und denen der neuen Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber ihren derzeitigen und zukünftigen Nachbarstaaten in der Pflicht, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Dynamik dauerhaft zu gewährleisten. Die EU muss tätig werden, um die regionale und subregionale Zusammenarbeit und Integration zu fördern, die eine Vorbedingung für politische Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und die Verringerung der Armut und des sozialen Gefälles in ihrem gemeinsamen Umfeld sind.“ (Kommission der EG 2003: 3)

Hieran gemessen, sind die Aufforderung zu Selbstkritik bei der Evaluierung der ENP durch die EU-Außenbeauftragte vom Frühjahr 2015 und die Aussage „Die Partnerschaften mit den südlichen und östlichen Partnerstaaten der EU dürften als gescheitert gelten“ (Stein 2014) nur allzu verständlich.

2003 hieß es noch: „Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen ... soll Russland, den westlichen NUS und den Ländern im südlichen Mittelmeerraum die Aussicht auf Teilnahme am Binnenmarkt der EU und auf weitere Integration und Liberalisierung zur Förderung der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs (vier Grundfreiheiten) geboten werden.“ (Ebenda: 4)

Die EU-Institutionen gingen in der administrativen Logik ihrer ENP immer von den eigenen Interessen und dem bestehenden EU-Acquis aus. Dies wird beibehalten.

Vor allem Frankreich und Spanien befürchteten, dass mit der Betonung einer Orientierung auf die östlichen Nachbarn eine Relativierung ihrer Bedeutung in der Europäischen Union einhergehen würde. Schließlich ist die ENP immer auch im Zusammenhang mit Standortkonkurrenzen innerhalb der EU zu sehen. Die Regierenden in Frankreich und Spanien mussten sich bereits zu Positionsgewinnen Deutschlands im Zuge der EU-Osterweiterung verhalten (Varoufakis 2015: 238) und sahen neue deutsche Positionsgewinne im Kontext der ENP voraus.

Immerhin ist festzuhalten, dass mit dieser Art von Osterweiterung EU-Mitglieder zweiter Klasse entstanden sind³. Diese einfache Tatsache zu thematisieren, bedeutet keinesfalls, sich mit jenen zu solidarisieren, die in den „Beitrittsländern“ mit der EU verhandelten. Schon gar nicht bedeutet es, jene zu unterstützen, die dies nun für nationalistische Angriffe auf die EU instrumentalisieren. Es geht hier schlicht um das Verständnis der Produktion und Reproduktion von Machtverhältnissen sowie von damit verknüpften gesellschaftlichen Problemlagen, ohne das sich keine tragfähigen strategischen Orientierungen entwickeln lassen.

In dieser Hinsicht lässt sich ein gegenüber der formelhaft gewordenen Beitrittsrhetorik durchaus ernüchternder Befund festhalten:

- Die Erfüllung der Beitrittsbedingungen hat beschäftigungspolitische, soziale und wirtschaftspolitische Probleme in den neuen EU-Mitgliedsstaaten zugespitzt.
- Es hätte nicht zuletzt eines wesentlich größeren EU-Haushaltes und anderer politischer Instrumente bedurft, um den Beitritts- und Erweiterungsprozess zum allgemeinen Gewinn an Lebensqualität zu realisieren.
- Die Mittel für die Nachbarschaftspolitik blieben ebenfalls extrem gering. Von 2000-2006 wurden etwa acht Milliarden Euro für die ENP aufgeboden.
Davon entfiel ein gutes Drittel auf die östlichen Nachbarländer, einschließlich der Kooperationen

³ „So setzte Deutschland ... durch, dass nach dem Beitritt der osteuropäischen Länder die Freizügigkeit ihrer Arbeitskräfte ... bis zu sieben Jahren lang außer Kraft gesetzt werden kann. Die südeuropäischen Länder setzten durch, dass die neuen Mitglieder nur 137 Euro pro Kopf der Bevölkerung aus den Regionalfonds der EU bekommen, verglichen mit 231 Euro pro Kopf in den viel reicheren Ländern ... Und Zahlungen aus dem Agrarbudget an die osteuropäischen Bauern ... betragen beim Beitritt nur 25 Prozent der Zahlungen an die ... seit Jahrzehnten subventionierten Bauern Frankreichs.“ (Posener 2007: 102-103)

mit Russland. Die Finanzierung erfolgte über verschiedene Programme.

2006 mussten die führenden Kräfte innerhalb der EU große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie eingestehen; sie beschlossen auch daher die Außenwirtschaftsagenda Global Europe: Erklärtermaßen gehe es um die „weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen, auf denen europäische Unternehmen im Wettbewerb bestehen können, und neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen ... Über unsere Handelspolitik versuchen wir auch einen Beitrag zu einer Reihe anderer außenpolitischer Ziele der Union zu leisten, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und der Nachbarschaftsbeziehungen ... Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.“ (Kommission der EG 2006: 3). Eine weitere Passage dieses Textes formuliert erneut das spezifische Interesse der Regierenden und Herrschenden an der Ukraine: „Das wichtigste wirtschaftliche Kriterium für die Wahl neuer Partner für Freihandelsabkommen sollte das Marktpotenzial (Größe und Wachstum der Wirtschaft) sein sowie der Umfang der Schutzmaßnahmen, die gegen die Interessen der EU-Exportwirtschaft gerichtet sind (tarifäre und nichttarifäre Schranken).“ (Ebenda: 12)

Im Zuge der Reform der EU-Außenhilfe-Programme wurde ab 1. Januar 2007 das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) als einziges Finanzierungsinstrument eingeführt. Es löste die Finanzierung von ENP-Maßnahmen über verschiedene Programme ab. Für den Zeitraum 2007 – 2013 wurden aus EG-Mitteln ungefähr 12 Mrd. Euro bereitgestellt, „um die Reformen der Partnerländer zu unterstützen“ (Europaparlament). Etwa ein Drittel davon entfiel auf die Kooperation mit den östlichen Ländern. Als im Mai 2009 dann die ÖP geschaffen wurde, war bereits der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten. Die Lissabon-Strategie stand vor ihrer Evaluierung und Fortschreibung und die globale Finanzkrise tobte. Wiederum etwas genauer:

Nach der gescheiterten EU-Verfassung ging die vom Konvent erarbeitete vage Passage zur ENP in den Lissabonner Vertrag ein: „(1) Die Union entwickelt besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet. (2) Für die Zwecke des Absatzes 1 kann die Union spezielle Übereinkünfte mit den betreffenden Ländern schließen ...“ (Europäische Union 2010: C 83/20). Dieses Vage ist jedoch im Lichte von zwei sehr klaren Formulierungen zu verstehen: „Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union ... beruht auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.“ (Ebenda: C 83/96) Damit wird die Wirtschaftspolitik im neoliberalen Sinne festgeschrieben, ungeachtet etwaiger späterer Wahlentscheidungen in den EU-Mitgliedsländern. Analog gilt dann auch noch die Pflicht zur militärischen Rüstung: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Ebenda: C 83/38) Dieses Rüstungsgebot ist in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik GASP integriert, die gemäß EU-Vertrag die zivilen und militärischen Kapazitäten als Mittel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) umfasst.

Der Lissabonner Vertrag ist also Ergebnis einer erneuten Forcierung der neoliberalen Weiterentwicklung der Europäischen Union, welche eine Nachbarschaftspolitik mit dem ausdrücklichen Zweck der Realisierung der Interessen vor allem der politisch und ökonomisch Stärksten mit einschließt. So heißt es dann auch in der „Gemeinsamen Erklärung des Prager Gipfeltreffens“ zur ÖP vom 7. Mai 2009: „Die Entwicklung einer spezifischen östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird eine wesentliche Stärkung der Politik der EU gegenüber den östlichen Partnerländern mit sich bringen. Mit diesem Ziel wird die Östliche Partnerschaft politische und sozioökonomische Reformen der Partnerländer unterstützen und eine Annäherung an die Europäische Union erleichtern.“ (Europäischer Rat 2009: 6) Es geht also nicht um die Partnerschaft von Gleichen. Es geht vielmehr um neue Assoziierungsabkommen und weitreichende wie umfassende Freihandelszonen (DCFTA), um eine „Annäherung an die Rechtsvorschriften und Normen der EU“ (Ebenda: 7) Bei der Sicherung der Energieversorgung wird wiederum klargestellt, dass an erster Stelle die Energiesicherheit der EU steht.

Seit 2010 wird bzw. wurde mit allen östlichen Partnern außer mit Belarus, dessen Unterdrückung der Opposition als Problem identifiziert wird, über Assoziierungsabkommen verhandelt. In der neuen Handelsstrategie der im Jahre 2010 beschlossenen „EU 2020“, mit der die Lissabon-Strategie fortgesetzt

wird, ist klar gesagt, dass mit den DCFTA die Wirtschaften der östlichen Partner enger mit dem EU-Binnenmarkt verknüpft werden sollen. „Parallel dazu müssen Verhandlungen über Assoziierungsabkommen geführt werden, damit die wirtschaftliche Integration im Kontext politischer Assoziierung ermöglicht wird.“ (Europäische Kommission 2010: 10) Zu dieser gehört die Zusammenarbeit im Kontext mit der GASP. Der Zusammenhang zwischen Nachbarschaftspolitik, Freihandel, GASP und Einfluss in der Welt wird dann in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom September 2010 deutlich formuliert (Europäischer Rat 2010: 1) und das besondere Interesse an einem Assoziierungsabkommen und DCFTA mit der Ukraine betont (Ebenda: 6)

Die Schwierigkeiten der EU, zu einer abgestimmten und zeitnahen Reaktion auf den „Arabischen Frühling“ zu gelangen, bekräftigte noch einmal die Forderung nach einer Überprüfung der ENP. Diese sollte stärker auf „gegenseitige Rechenschaftspflicht und eine gemeinsame Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ basieren. Die fortgeschriebene ENP soll „eine viel größere Differenzierung ermöglichen, damit jedes Partnerland seine Beziehungen zur EU je nach den eigenen Zielen, Bedürfnissen und Fähigkeiten entwickeln kann.“ (Europäische Kommission, Hohe Vertreterin 2011: 2) Allerdings wird die versprochene Berücksichtigung der Ziele und Bedürfnisse der Partner dann wiederum in Frage gestellt – wenn etwa erklärt wird: „Je schneller und umfassender ein Land bei seinen internen Reformen vorankommt, desto mehr Unterstützung wird es von der EU erhalten“ (Ebenda: 3). Dieses Prinzip wird in den EU-Dokumenten „Mehr für mehr“ genannt. Es soll die Verhandlungen zu den Assoziierungsabkommen und DCFTA in diesem Sinne beschleunigen. Die Programme zum Institutionenaufbau wurden durch ein neues Instrument in Form von Pilotprogrammen für die regionale Entwicklung ergänzt. Damit soll dazu beigetragen werden, soziale und wirtschaftliche „Ungleichgewichte“ – also marktbezogene Indikatoren für „Ungleichheit“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ – in und zwischen den betroffenen Regionen zu reduzieren. Allerdings forciert gerade der Freihandel die Standortkonkurrenz unter den Regionen und damit regionale Ungleichgewichte.

Weiterhin wurden ergänzend fünf sog. „Flagschiff-Initiativen“ für die ENP definiert und umgesetzt – für das Grenzmanagement, für die KMU-Entwicklung, für die Zusammenarbeit im Energiebereich, für den Katastrophenschutz und für eine bessere Umweltpolitik. Die Bereiche, in welchen der Dialog fortgesetzt und intensiviert werden sollte, entsprechen den verschiedenen EU-Programmen und EU-Leitlinien. Die Partner sollen also stärker in eine EU-Politik eingebunden werden, welche sie gar nicht gestalten können. Bei der Art und Weise und beim Tempo der Einbindung sollen dann jedoch – im Wesentlichen aus Effizienzgründen – ihre Interessen besser berücksichtigt werden.

Auch diese letzte Feststellung bezieht sich auf das Verständnis der Reproduktion von Machtverhältnissen in gesellschaftlichen Prozessen als Grundlage für eine tragfähige Antwort auf die Frage, wie eine wirksame Solidarität unter den Opfern und mit emanzipativen Gegnern dieser Politik entwickelt werden kann. Administrative Techniken wie die Erstellung von Aktionsplänen, Prioritätenlisten, die Definition von Konditionalitäten, die Durchführung von Konsultationen, die Modellierung, Vereinfachung und Flexibilisierung von Prozessen, die Durchsetzung von Transparenz und Rechenschaftslegung, sowie technische Hilfen und Kapazitätsaufbau und Verfahren des Benchmarking sollen die Effizienz von gewährten Finanzierungen steigern und zumindest den Eindruck einer Interessenübereinstimmung zwischen den ganz ungleich mächtigen Gebern und Nehmern erwecken. Das betrifft insbesondere die zu unterstützenden „großen Infrastrukturprojekte“, „die der EU dabei helfen können, Verbindungen zu ihrer Nachbarschaft aufzubauen, die Entwicklung zu fördern und wichtige Herausforderungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Verkehr anzugehen“ (Ebenda: 24). Das auf dieser Grundlage „stärker politikorientierte“ Europäische Nachbarschaftsinstrument ENI, welches wiederum in erster Linie von den Interessen der Geber ausgeht, wurde für die Jahre 2014-2020 mit 15,4 Mrd. € ausgestattet. Davon sollte erneut ein Drittel auf die ÖP entfallen.

Im Mai 2012 konnten die EU-Organe große Fortschritte bei den Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan verkünden. Das komplette Abkommen einschließlich der Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine war Ende März 2012 paraphiert worden, aber die Unterzeichnung wurde aufgeschoben. Dies wurde in der öffentlichen Debatte noch nicht vor allem mit „russischem Druck“ begründet. Schritte zur Liberalisierung der Visaregelungen mit der Republik Moldau, der Ukraine und Georgien waren vollzogen und mit Armenien wurde eine

Mobilitätspartnerschaft vereinbart. Verhandlungen zu einer solchen Partnerschaft mit Aserbaidschan waren geplant und auch Belarus angeboten.

Der am 15.5.2012 von der EU-Außenbeauftragten und der Europäischen Kommission vereinbarte „Fahrplan bis zum nächsten Gipfeltreffen“ der ÖP in Vilnius für den Mai 2013 bekräftigt und untersetzt dieses Prinzip des „Mehr für mehr“. Dafür wurde das Programm „Eastern Partnership Integration and Cooperation (EaPIC“) für 2012 und 2013 eingerichtet und für den Planungszeitraum mit einem Richtbetrag von 130 Mio. Euro zusätzlich zur bewilligten Mittelzuweisung versehen.

Die Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan, in Georgien und in dem moldawischen Transnistrien, wo seit 2008 bzw. seit Anfang der 90iger Jahre russische Truppen stationiert sind, waren wiederholt Gegenstand von Erörterungen innerhalb der EU und der ÖP. Seit der unmittelbaren Vorbereitung auf den ÖP-Gipfel 2013 wurden die Schuldzuweisungen für die Konflikte zunehmend aggressiv und einseitig an Russland adressiert. Russland störte mehr und mehr die wirtschaftlichen und „sicherheitspolitischen“ Pläne der in der EU Herrschenden und deren global herrschenden Partner. Dazu kam die Wut über die ausgebliebene Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Als großer Erfolg konnte so in Vilnius lediglich verkündet werden, dass die Assoziierungsabkommen mit Moldau und Georgien paraphiert dass und mit Aserbaidschan ein Abkommen zur vereinfachten Visaregelung abgeschlossen wurden.

Im Juli 2013 konnten dann die Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen und DCFTA mit Armenien erfolgreich beendet werden. Aber beim Treffen der Präsidenten von Armenien und Russland im September 2013 kündigte man dann den armenischen Beitritt zur Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan an. Russland ist Armeniens größter Handelspartner. Die Beziehungen zwischen Armenien und Russland sind relevant mit „Sicherheitsinteressen“ verknüpft. An der Grenze zu Aserbaidschan mehren sich in jüngster Zeit erneut die Zwischenfälle. Berg Karabach bleibt umkämpft. Im November 2014 erklärte der aserbaidschanische Finanzminister, dass das Militärbudget in den letzten 10 Jahren um das 20fache gewachsen sei und 2015 um weitere 27 Prozent zunehmen würde. Damit macht es mehr als die Hälfte des Staatshaushalts aus. Russland vermittelt im Konflikt und hat nach seiner Intervention 2008 in Georgien eine friedenspolitische Initiative gestartet. Allerdings ist das Land der größte Waffenlieferant sowohl für Armenien als auch für Aserbaidschan (hier zu 85 Prozent der Waffenkäufe). Russland liefert an Armenien Waffen zu Vorzugsbedingungen und hat selbst Schenkungen vorgenommen. Armenien hält mit 3000-5000 russischen Soldaten in Gjumri eine der größten russischen Militärbasen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Russland muss die Balance zu beiden Ländern und zur Türkei halten. Die Türkei ist ein enorm wichtiger russischer Handelspartner. Beide sind über eine Energiepartnerschaft miteinander verbunden. Das Pipelinesystem South Stream wird demgemäß zum Schwerpunkt russischer Energiepolitik in der Schwarzmeer-Region (Halbach 2015a: 2-3). Die EU begründet mit ihrer Politik neue strategische Partnerschaften, so zwischen Russland und China. Für die Lösung gesellschaftlicher, ökologischer und globaler Probleme entstehen dadurch keine besseren Lösungsbedingungen. Diese Feststellungen sollen nun keineswegs antiemanzipatorische Politik in Russland und anderen Ländern „entschuldigen“ (Arbeitsgruppe Ukraine 2015b).

Es ist noch auf einen weiteren Umstand hinzuweisen, der für die Diskussion zur These von der neoliberalen Entwicklung der ENP im Allgemeinen und der ÖP im Besonderen von unübersehbarer Bedeutung ist. Sie betrifft das EU-Management der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. „Die EU hat in den vergangenen Jahren eine tiefe Wirtschaftskrise erlebt, die sich zwangsläufig auch auf ihre Nachbarn ausgewirkt hat.“ (Europäische Kommission, Hohe Vertreterin 2015: 3). Bei der Auswertung der Lissabon-Strategie und auch bei der Arbeit an ihrer Nachfolgerin EU 2020 wurde mehrfach herausgestellt, dass die EU in ihrer Reaktion auf die Krise konkurrenzfähiger werden müsse. Mit den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, insbesondere mit der Austeritätspolitik nach einer sozial ungerecht erfolgten Bankenrettung wurde weiter von unten nach oben umverteilt, wurden öffentliche Ausgaben gestrichen, Sozial- und Demokratieabbau betrieben und der Druck in Richtung auf Liberalisierung, Kommerzialisierung und vor allem Privatisierung des Öffentlichen sowie auf Finanzialisierung weiter erhöht. Mit den Maßnahmen zur „Euro-Rettung“ und mit der „Qualifizierung der wirtschaftspolitischen Steuerung“ (siehe Obstfeld 2013 wie die Themenseite der

Europäischen Kommission⁴) wurden gerade diejenigen Institutionen, welche diese Prozesse fördern bzw. realisieren ausgebaut. Insgesamt sind die neoliberalen Eliten dabei in ihrem eigenen Sinne „handwerklich“ besser geworden. Ihre Instrumente greifen besser ineinander und ihre Politik wird auch komplexer umgesetzt. Die Rolle Deutschlands bzw. der deutschen Kapitaloligarchien ist dabei gewachsen. „Erst mit dem Beginn der Eurokrise ist das neue politische Gewicht Deutschlands im vereinten Europa wirklich sichtbar geworden.“ (Münkler 2015: 137). Das geschah nicht nur durch die Ressourcen, die Deutschland zur „Euro-Rettung“ einsetzte, sondern vor allem dadurch, dass die hier Regierenden wesentlich bestimmen konnten, wie Funktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) selektiv abgebaut wurden. Schon zuvor hatte insbesondere Deutschland von der WWU und dem Binnenmarkt profitiert. „Eine exportorientierte Industrienation, wie sie die Deutschen im Unterschied zu vielen seiner europäischen Nachbarn geblieben ist ... profitiert davon, wenn die Nachbarn ihre Märkte nicht mit protektionistischen Maßnahmen gegen Importe abschotten können.“ (Münkler 2015: 142) Die wirtschaftliche Stärke führte in der Krise dann dazu, dass die deutsche Regierung die Interessen der Exporteure und der mit ihnen verbundenen Finanziers in der EU verteidigte und damit einen besonders hohen Anteil an der Weiterführung der WWU hat. Deutschlands gewachsene Stärke wurde und wird auch und insbesondere in der „Ukraine-Krise“ wirksam. Mit ihrem Engagement für das Minsker Abkommen hat es letztendlich wesentlich Merkel ermöglicht, dass die Bedingungen für weitere IWF-Kredite erfüllt werden konnten. „Zwischen beiden Seiten zu vermitteln, ist eine genuine Aufgabe einer Macht in der Mitte. In der Russland-Ukraine-Krise ist das der deutschen Politik einigermaßen gelungen; jedenfalls haben die erkennbaren Divergenzen innerhalb der EU nicht dazu geführt, dass die Gegenseite, also Russland, daraus nennenswert politisches Kapital schlagen konnte.“ (Münkler 2015: 162)

Die nun auch bzw. erneut in der Ukraine eingesetzte bzw. fortgesetzte Austeritäts-, Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Finanzialisierungspolitik wird nicht nur soziale Probleme anwachsen lassen, sie wird auch generell die ENP und insbesondere die ÖP prägen. Ihre militärische Dimension wird weiter ausgebaut. Dass Poroschenko am Vorabend des ÖP-Gipfels von Riga erklärte, „einen echten Krieg mit Russland“ (BBC 2015) zu führen, störte die EU-Spitzen mit ihrer GASP offenbar nicht.

Die Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens (Weimarer Dreieck) zur ENP vom 1. April 2014 hatte bereits klargestellt: „Die Nachbarschaftspolitik sollte die Instrumente der GASP und der GSVP stärker nutzen, um die Fähigkeiten unserer Partner bei der Krisenbewältigung zu verbessern.“ (Auswärtiges Amt 2014)

UND NUN?

Herfried Münkler ist mit der Entwicklung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse weitgehend zufrieden und will die herrschende Entwicklungsrichtung forciert fortsetzen. Auf nichts Anderes läuft seine Orientierung auf Deutschland als „Macht in der Mitte“ hinaus. Dazu gehört dann auch ein höherer Militäretat (Ebenda: 190). Münkler ist nicht einfach „ein Intellektueller“, sondern Regierungsberater und relevanter Akteur im Rahmen des politischen Prozesses von „Review 2014“.

Die Linken in Deutschland könnten und sollten sich an der „Macht der Mitte“ im Kontext mit „Review 2014“ und der Konsultation zur ENP auf einer rationalen und tragfähigen Grundlage so „abarbeiten“, dass sie die Politik der Bundesregierung in ihrer Logik verstehen und sie entsprechend konkret kritisieren: Wer ihre Ursachen und Wirkungen erklären kann, ist dann auch dazu in der Lage, wirksam an einem relevanten Politikwechsel zu arbeiten. „Konkret am Politikwechsel arbeiten“ heißt demokratische Gegenkräfte zur herrschenden Politik zu identifizieren und als solche zu organisieren – also Menschen aufklären, zum individuellen Handeln ermutigen, zur kollektiven Aktion befähigen, und dies dann auch mit ihnen in die Tat umsetzen. Dazu muss man solidarisch sein wollen und können.

Unser Beitrag sollte zeigen, dass auch das, was in der östlichen Nachbarschaft, zu der trotz ÖP Russland gehört, strategisch unternommen wird, zugleich mit den politischen Feldern von TTIP, der „Euro-Rettung“ bzw. mit Austeritätspolitik und damit auch mit der Politik gegenüber Syriza durchaus greifbar zu tun hat. Es geht da nicht „einfach um neoliberale Politik“, sondern um aggressive Machtkämpfe einer sehr kleinen

⁴ http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/index_en.htm

Gruppe von immer wieder ein und denselben Hauptakteuren. Zu diesen gehören zweifellos die deutschen Kapitaloligarchien und damit auch die Bundesregierung.

Diese Problemdiagnose sollte uns nicht zu einem populistischen, aber folgenlosen „Merkel- oder Deutschland-Bashing“ verleiten, sondern zu gezielter Herrschafts- und Kapitalismuskritik, die immer auf Gleichheit und Ungleichheit von Menschen bzw. Akteuren in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen fokussiert. Diese Kritik soll zum Einstieg in eine konkrete Debatte über strategische Alternativen motivieren und befähigen. Merkel und Co. sind ja nicht etwa per se böse und sie könnten auch noch sehr viel Schlechteres tun. Sie versuchen nämlich, eine bestehende Interessenbalance zu halten, um auf diese Weise Stabilität zu organisieren und dabei insbesondere den Interessen der in Deutschland Herrschenden zu entsprechen. An den Prozessen, welche zur Organisation des dafür erforderlichen gesellschaftlichen Konsenses führen, sind die Linken in Deutschland durchaus relevant beteiligt: Wenn sie aber in Sachen Ukraine bestenfalls die Entwicklung beobachten und in Sachen ÖP die Dinge weiterhin einfach laufen lassen, so stärken sie damit ihre politischen Gegner, welche nicht derart still halten. Mehr noch: sie vermehren die Gefahren dafür, dass die ungerechte Balance auf eine Weise kippt, welche zu einem Rückgriff auf Gewalt führt, die dann immer weiter eskaliert. Vor allem aber begehen sie Verrat an den schwächsten Opfern dieser Politik und erst recht an all jenen, welche diesen Opfern vor Ort solidarisch zur Seite stehen und sich zu diesem Zwecke gegen die herrschenden gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse engagieren. Diese Linken in der östlichen Nachbarschaft sind gegenwärtig immer noch kommunikativ weit weg und dementsprechend schwer in der Praxis zu finden. Und dann sind sie oftmals noch so, wie unsere Freunde nicht sein sollten. Man muss sie also suchen und verstehen wollen. Für die Kommunikation und Kooperation mit ihnen muss man Ressourcen aufbringen und sich von den eigenen Effizienzkriterien verabschieden.

Was dieses potenzielle Gegenbündnis eint – also etwa sie, uns, Syriza, die sozialen Aktivisten in den Regionen „des globalen Südens“ – , ist die Konfrontation mit der zerstörerischen Gewalt gegen Menschen und gegen die Natur; ist der Wille, selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und in intakter Natur zu leben. Diese Konfrontation ist wesentlich kämpferisch mit eben jenen Kapitalakteuren verbunden, die immer wieder menschliche Arbeit verbilligen, natürliche Lebensbedingungen zerstören, soziale und demokratische Standards demontieren, die Gesellschaft überwachen, die Wirkungsbedingungen für Konzerne nachhaltig verbessern und zugleich ihre Macht repressiv und militärisch verteidigen bzw. stärken wollen. Die vielfach beschrittenen Wege dazu sind immer wieder Liberalisierung/Deregulierung, Privatisierung, Finanzialisierung, flankiert von Überwachung und Militarisierung. Sie werden immer wieder über Zwänge zur Haushaltssanierung und zum Schuldenabbau forciert. Die Gegenmittel wären immer wieder das Ringen um demokratische, soziale und ökologische Standards, die Verteidigung und Demokratisierung des Öffentlichen, die Organisation lokal und regional verankerter überregionaler, europäischer und globaler Bündnisse für ein Leben in Würde für jede und jeden. Verankerung kann nur über konkrete Projekte, die Aneignung von Ressourcen und Räumen erfolgen. Die Universalität der Gegenmittel begünstigt die Kommunikation und Kooperation, die Arbeit an Bündnissen. Das ermutigt zu einer solidarischen östlichen Partnerschaft von Gleichen und daher von unten. Sie müsste die Linken in Russland ausdrücklich mit einschließen. An ihr zu arbeiten, ist langwierig und schwierig, aber hier stimmt: There is no alternative.

LITERATURANGABEN

Arbeitsgruppe Ukraine der RLS (2015a): Die Waffen nieder!

<http://wsf.blog.rosalux.de/files/2015/03/StandpunktUkraine17.3.2015.pdf>

Arbeitsgruppe Ukraine der RLS (2015b): Humanitäre Hilfe leisten, deeskalieren, Schritte zu wirklicher kollektiver Sicherheit einleiten, Memorandum der Arbeitsgruppe Ukraine

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Ukraine-Memorandum_2014.pdf

Auswärtiges Amt (2014): Die Partnerschaft mit den Nachbarn stärken: eine neue Dynamik für die Europäische Nachbarschaftspolitik - Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140401-Erkl_Weimar.html

BBC 2015: Ukraine's Poroshenko talks of 'real war' with Russia, 20. Mai 2015

<http://www.bbc.com/news/world-europe-32805555>

Brangsch, Lutz (2015): Die EU und ihre Nachbarn, in: transform! Jahrbuch 2015, Vereintes Europa, Geteiltes Europa, deutsche Ausgabe, Hamburg, VSA: Verlag,

Die Bundeskanzlerin (20.05.2015): Gespräche der EU mit östlichen Partnern, Berlin

<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2015/05/2015-05-20-gipfel-oestliche-partnerschaft-riga.html>

Die Bundeskanzlerin (21.05.2015): Regierungserklärung „Östliche Partnerschaft wichtiger denn je“

<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2015/05/2015-05-21-regierungserklaerung.html>

Europäische Kommission (2015): Joint press conference by High Representative/Vice-President Federica Mogherini and Commissioner Johannes Hahn on European Neighbourhood Policy Review, Brüssel 04.03.2015, SPEECH/15/4553

Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2015): Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, Gemeinsames Konsultationspapier, JOIN(2015) 6 final, Brüssel

Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2012): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss Der Regionen, Östliche Partnerschaft: Fahrplan bis zum Gipfeltreffen im Herbst 2013, JOIN(2012) 13 final, Brüssel

Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2011): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss Der Regionen, Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, KOM(2011) 303, Brüssel

Europäische Kommission (2010): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss Der Regionen Handel, Wachstum und Weltgeschehen, Handelspolitik Als Kernbestandteil der EU Strategie Europa 2020, KOM(2010)612, Brüssel

Europäisches Parlament: Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP),

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_09/zusatzthemen_02.html

Europäischer Rat (2015): Tagung des Europäischen Rates (19. und 20. März 2015) – Schlussfolgerungen, EUCO 11/15, CO EUR 1, Brüssel

Europäischer Rat (2010): Tagung am 16. September, Schlussfolgerungen, EUCO 21/1/10 REV 1

Europäischer Rat (2009): Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft, Prag, 7. Mai 2009, 8435/09 (Presse 78), Brüssel

Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2000, Lissabon, Brüssel

http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm

Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des

- Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83, Brüssel
- Eurostat (2015): Eastern Partnership Summit. Facts and figures about the Eastern Partners of the European Union, Eurostat-news release 89/2015, Brüssel
- Geremek, Bronisław (2012): Zjednoczenie Europy i dychotomia Wschod-Zachod w historii europejskiej, in: Nasza Europa, Universitas, Krakow, 30-38
- Kempe, Iris (2008): Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, in Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 504-523
- Halbach, Uwe (2015): Armeniens Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion, SWP-Aktuell 51, Mai
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Ein Wettbewerbsfähiges Europa in einer Globalen Welt. Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung {SEK(2006) 1228} {SEK(2006) 1229} {SEK(2006) 1230} /* KOM/2006/0567 endg. */ Brüssel
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2003) 104 endgültig, Brüssel
- Münkler, Herfried (2015): Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg, edition Körber-Stiftung
- Obstfeld, Maurice (2013): Finance at Center Stage: Some Lessons of the Euro Crisis, Economic Papers 493, European Commission, Brussels
- Posener, Alan (2007): Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, Pantheon Verlag, München
- Solana, Javier (2009): A Secure Europe in a Better World, European Council, European Security Strategy, Brüssel
- Stein, Simon (2015): Partnerschaften mit mehr Mut angehen, im Rahmen der Konsultation „Review 2014, Außenpolitik weiter denken
<http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/pdf/aussensicht/article/globalisierung-gestalten.html>
- Varoufakis, Yanis (2015): Der globale Minotauris, Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Verlag Anne Kunstmann, München et